



Nr. 63.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

92. Jahrgang.

Veröffentlichungswerte: Einzelheftpreis: In Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 10 Pfg., ansonsten deselben 12 Pfg., in anderen Bezirken 25 Pfg. Schluss für Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernspr. 9.

Freitag, den 16. März 1917.

Bezugspreis: In der Stadt mit Postgebühr M. 1.50, vierteljährlich Postgebühr für den Ort- und Postbezirk M. 1.50, in Fernorten M. 1.70. Beiliegend in Bismarckstr. 4 Pfg.

Abdankung des Zaren von Rußland.

Die Revolution in Rußland.

Die Abdankung des Zaren gibt zu weiteren Schlüssen über den Charakter der Revolution Anlaß. Wenn der Zar abdankt, so müssen die Ereignisse doch schon sehr weit gediehen sein, und die Revolutionsbewegung muß einen Umfang angenommen haben, der der bisherigen Regierung jegliche Aussicht nahm, der Sache Herr zu werden. Wenn der Zar im Hauptquartier sich befand, als er abdankte, so muß also der russische Generalstab selbst gegen seine Regierung Stellung genommen haben. Das würde aber bedeuten, daß sich die führenden Militärkreise für die Revolutionäre eingesetzt haben. Große innere Erschütterungen wären demnach wohl kaum zu gewärtigen, immer vorausgesetzt, daß die Nachrichten aus Rußland auch die tatsächliche Situation schildern. Wir hätten hier also die Bestätigung der Mitwirkung Englands an der Umwälzung, die einmal in der Unterstützung der Liberalen in ihren Forderungen zum Ausdruck kommt, und dann in dem Gewinn der russischen Militärpartei für Englands Zwecke. Beide Elemente waren für die Fortsetzung des Kriegs zur Erreichung der russischen Pläne bezüglich Konstantinopels. Verhalten sich die Dinge so, so haben wir, falls nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse die neuen Machthaber auf andere Bahnen drängen, jetzt mit einem erneuten Befehlsnis Rußlands zu England zu rechnen. Die Abdankung des Zaren wurde wohl deshalb erzwungen, weil man dadurch jeden deutschen Einfluß, den man in der deutschen Herkunft der Zarin glaubte fürchten zu müssen, ausschalten wollte. Der neue Regent soll also wohl dazu bestimmt sein, den allrussischen Gedanken fester zu vertreten. Wenn die englische Regierung in der Lage ist, die Ernennung des neuen Regenten bekanntzugeben, so darf man wohl angesichts ihrer engen Verbindung mit den Revolutionären annehmen, daß diese die Regentserklärung gutgeheißen haben. Die Revolution scheint an den sonstigen großen Plänen des Landes überall von Erfolg gekrönt gewesen zu sein. Es wird sich aber fragen, ob die neuen Gewalten die von ihnen geforderte Reorganisation des Wirtschaftskörpers zu vollziehen in der Lage sind. Davon wird viel abhängen, in welchem Grade Rußland fähig sein wird, sich an dem bevorstehenden Endkampf zu beteiligen. Das können wir jedoch heute schon sagen: die russischen Kriegsziele auf Konstantinopel werden auch unter der neuen Regierung nicht mehr erreicht werden. Daß die Revolutionäre so leichtes Spiel gehabt haben, liegt wahrscheinlich nicht einmal an der Wirkung ihrer Ideen, sondern an der schlechten Ernährungsorganisation der Regierung und — oh Ironie des Schicksals — vielleicht sogar an der Kriegsmüdigkeit der Masse, die auf diese Weise wohl glaubten, den Krieg abkürzen zu können, während er durch die Neuordnung womöglich verlängert wird.

O. S.

Anschluß weiterer Städte an die Revolutionsbewegung.

(W.B.) Frankfurt a. M., 15. März. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stockholm: Die Stadtverwaltungen von Moskau, Kasan, Charkow und Odessa erklärten telegraphisch ihren Anschluß an den Petersburger Volksfahrtsauschuß und konstituierten sich als Ausschüsse der inneren Befreiung Rußlands.

(W.B.) Petersburg, 15. März. Die Petersburger Telegraphenagentur teilt mit: Die Dumaabgeordneten Pospelow und Taschin begaben sich heute auf Befehl des Exekutivkomitees nach Kronstadt, dessen Garnison sich zur Verfügung des Komitees gestellt hat. Pospelow wurde zum Kommandanten von Kronstadt ernannt.

Unruhen bei den russischen Mohammedanern.

Rotterdam, 14. März. Aus Petersburg kommt die Nachricht, daß Zar Nikolaus infolge ausgebrochener Unruhen unter der mohammedanischen Bevölkerung den Kriegszu-

Abdankung des Zaren.

Ein neuer Regent.

W.L.B. London, Reuter, 16. März (Telefon 1/29 Uhr). Im Unterhaus teilte Bonar Law mit, der Zar habe abgedankt, Großfürst Michail Androwitsch sei zum Regenten ernannt worden.

stand in Mittel-Asien und zwar in den Distrikten Turgai, Tigris und Kontanai angeordnet habe. In Turgai waren die Anzeichen einer drohenden Revolution schon bei Beginn der Teilnahme der Türkei am Weltkrieg zu bemerken, und jetzt steht dort alles in hellem Aufbruch.

Unkontrollierbare Gerüchte.

(W.B.) Berlin, 16. März. Aus Kopenhagen wird dem „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß nach einer Stockholmer Meldung des „Extrablatt“ der russische Konsul in Haparanda mitgeteilt hat, daß Stürmer und Protopopow von den Bolschewisten ermordet worden seien. — Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Stockholm gemeldet: Gegenüber den Gerüchten von einer Flucht des Zaren nach dem Süden wird mitgeteilt, der Zar befinde sich seit dem 8. März im Hauptquartier in Sicherheit. Die Zarin sei die ganze Zeit über in Jarstoj-Selo geblieben.

Die Begründung des Aufstandes.

(W.B.) Petersburg, 14. März. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die Bevölkerung von Petersburg, die über die vollständige Desorganisation im Transportwesen und in der Verpflegung aufgebracht war, war schon seit langem erregt und murte dumpf gegen die Regierung, die sie für alle Leiden, die sie erduldet, verantwortlich machte. Die Regierung, die Unruhen vorausah, ergriff umfassende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Unter anderem schrieb sie die Auflösung des Reichsrats und der Duma vor, aber diese beschloß am 1. März, dem kaiserlichen Ulas nicht Folge zu leisten und die Sitzungen fortzusetzen. Sie setzte sofort einen Vollzugsauschuß aus 12 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Präsidenten Rodjanko ein. Dieser Ausschuß erklärte sich als vorläufige Regierung und erließ folgenden Aufruf: In Anbetracht der schwierigen Lage und der inneren Unordnung, die man der Politik der alten Regierung verbannt, sieht sich der Vollziehungsausschuß der Duma gezwungen, die öffentliche Ordnung in seine Hände zu nehmen. Im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit des gefaßten Entschlusses drückt der Ausschuß die Zuversicht aus, daß die Bevölkerung und das Heer ihm in der schwierigen Aufgabe beistehen werden, eine neue Regierung zu schaffen, die den Wünschen des Volkes entgegenkommt und sein Vertrauen genießt. Der Vollziehungsausschuß stützt sich auf die im Aufbruch befindliche Bevölkerung der Hauptstadt und die Garnison von Petersburg, die sich mehr als 30 000 Mann stark, vollständig mit den Aufständischen vereinigte. Er verhaftete alle Minister und steckte sie in das Gefängnis. Die Duma erklärte das Kabinett als nicht bestehend. Heute, am dritten Tage des Aufstandes, ist die ganze Hauptstadt, in der die Ordnung schnell wiederkehrte, in der Gewalt des Vollziehungsausschlusses, der Duma und der Truppen, die sie unterstützen. Der Abgeordnete Engelhardt, Oberst im Großen Generalstab, wurde vom Ausschuß zum Kommandanten über Petersburg ernannt. Gestern abend richtete der Ausschuß Aufrufe an die Bevölkerung, an die Truppen, Eisenbahnen und Banken, in denen er

diese aufforderte, das gewöhnliche Leben wieder aufzunehmen. Der Deputierte Gronski wurde vom Ausschuß der Duma mit der vorübergehenden Leitung der Petersburger Telegraphenagentur beauftragt.

Die Entente für die Revolutionäre.

(W.B.) Berlin, 16. März. Eine Depesche des „Berl. Lokalanzeigers“ aus Malmö besagt: Die Volkshater der Entente in Petersburg begaben sich in das russische Hauptquartier, wo sie vom Zaren in besonderer Audienz empfangen wurden. Wie man in oppositionellen Kreisen vermutet, wollen sie hauptsächlich zu Gunsten der Opposition wirken.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(W.B.) Großes Hauptquartier, 15. März. (Amtlich.) Weltlicher Kriegsschauplatz. Bei Regenwetter blieb das Artilleriefeuer an den meisten Abschnitten gering. In der Champagne kamen französische Angriffe auf dem Nordwestflank der Höhe 185, südlich von Ripont, in unregelmäßiger Vernichtungsfeder nicht zur Entfaltung. Entensungsnotfälle im Sommegebiet und am Westufer der Maas, wo eine französische Feldwache südlich von Cumieres durch fortgesetztes Zupaden bei hellem Tag aufgehoben wurde, brachten uns eine Anzahl Gefangene ein.

Westlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Bei Witoniez am Stoschod und bei Jamnica, südlich des Dnjepr, wurden Unternehmungen von Sturmtruppen mit vollem Erfolg durchgeführt. Ueber 100 Gefangene und mehrere Maschinengewehre sowie Minenwerfer konnten zurückgebracht werden.

Mazedonische Front: Auf beiden Ufern des Prespajees und nördlich von Monastir setzten auch gestern die Franzosen starke Kräfte mit gleichem verlustreichem Misserfolge wie an den Vortagen zum Angriff an. Zwischen Serua und Doiransee wurden kleine Angriffe der übrigen Ententetruppen abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Eine Mitteilung Americas an die Neutralen zur Bewaffnung der amerikanischen Handelsdampfer.

(W.B.) Newyork, 12. März. (Zuspruch vom Vertreter des W.B.) Laut „Associated Press“ hat die von dem Staatsdepartement den fremden Regierungen überfandte Mitteilung folgenden Wortlaut: Im Hinblick auf die Bekanntmachung der Kaiserlich deutschen Regierung vom 31. Januar 1917, daß alle Schiffe mit Einschluß derjenigen der Neutralen, die in bestimmten Zonen der hohen See angehalten werden, versenkt werden würden, ohne Vorfrage für die Sicherheit der an Bord befindlichen Personen zu treffen und ohne eine Untersuchung anzustellen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen, auf alle amerikanischen Handelsdampfer, die durch die gesperrten Gebiete fahren, eine bewaffnete Wache zu verbringen zum Schutze der Schiffe und des Lebens der an Bord befindlichen Personen. Weiter meldet die „Associated Press“, ob die neutralen Regierungen bewaffnete amerikanische Schiffe in ihren Häfen zulassen wollten, sei eine Frage, die sie entscheiden müßten, es werde aber in Washington nicht erwartet, daß Einwendungen erhoben würden. Holland sei der einzige Neutrale, der seine Häfen bewaffneten Handelsdampfern verschlossen habe. (Also deshalb die englische Verhinderung nach Holland.) Die Beamten des Staatsdepartements hätten keine Aufklärung darüber geben wollen, ob alle amerikanischen Schiffe Waffen haben müßten, oder ob sie ohne Waffen fahren könnten, wenn sie dies wünschten. Vorerst habe das Warinedepartement gleichfalls verweigert, Richtlinien hierüber anzugeben.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

In Gärtringen, O.M. Herrenberg, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Vom Oberamtsbezirk Calw fallen

A) ins Beobachtungsgebiet: die Gemeinden Dachtel und Dedensfronn,

B) in den 10 Kilometer-Umkreis: Die Gemeinden Calw, Altbulach, Althengstett, Dachtel, Dedensfronn, Gehingen, Holzbronn, Neuhengstett, Ostelsheim, Simmozheim, Sonnenhardt und Stammheim.

Calw, den 14. März 1917.

R. Oberamt: Regierungsrat Binder.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des Bauern Georg Lüh in Dedensfronn.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182—192 der Min.-Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

A) Sperrbezirk: Das verseuchte Gehöft sowie die gesamte Gemeindegemarkung Dedensfronn,

B) Beobachtungsgebiet: die Gemeinden Dachtel und Holzbronn; vom Oberamtsbezirk Herrenberg: Gärtringen und Oberjesingen; vom Oberamtsbezirk Nagold: Gültlingen mit Hahnenstallhof.

C) In den Umkreis von 10 Kilometer um den Seuchenort werden einbezogen die Gemein-

den: Altbulach, Althengstett, Calw, Dachtel, Gehingen, Holzbronn, Neubulach, Neuhengstett, Ostelsheim, Sonnenhardt und Stammheim des Oberamtsbezirks Calw und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:

1. im Oberamt Böblingen: Aiblingen, Darmsheim, Dägingen, Deufringen, Döffingen, Ehningen und Schafhausen;

2. im Oberamt Herrenberg: Aßfätt, Gärtringen, Gültstein, Haslach, Herrenberg, Kuppingen, Mönchsberg, Nebringen, Nüringen, Oberjesingen, Oberjettingen, Rohrau und Unterjettingen;

3. im Oberamt Nagold: Eßringen, Emmingen, Gültlingen, Pfondorf, Schöndorff, Sulz und Wildberg.

Die besonderen polizeilichen Maßregeln für den Sperrbezirk, das Beobachtungsgebiet und den 10 Kilometer-Umkreis sind dieselben wie die beim Ausbruch der Seuche in Holzbronn getroffenen — Calwer Tagblatt vom 10. März. 1917, Nr. 58.

Die Ortspolizeibehörden

werden ersucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln in ortsüblicher Weise bekannt machen und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. In den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsgebietes sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bzw. § 189 Abs. 2 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen.

Calw, den 15. März 1917.

R. Oberamt: Regierungsrat Binder.

Regelung der Preise für Schlachtschweine.

Um mit Rücksicht auf die Knappheit an Futtermitteln und die unbedingte Notwendigkeit strengster Einhaltung der Verfütterungsverbote den Verkauf überständiger Schweine, für die es dem Besitzer an erlaubtem Futter fehlt, zu erleichtern, wird mit Zustimmung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts verfügt, daß vom Mittwoch, den 14. März 1917 ab für alle zur Schlachtung abgelieferten Schweine im Gewicht von über 100 Pfund, auch wenn sie ein Gewicht von über 180 Pfund nicht erreichen, der für Schlachtschweine im Gewicht von über 180 bis 200 Pfund durch die Bundesratsverordnung vom 14. Februar 1916 festgesetzte Höchstpreis bezahlt werden darf.

Beim Verkaufe durch den Viehhalter darf hiernach der Preis für 100 Pfund Lebendgewicht (nützlichem Gewogen) nicht übersteigen:

1. für Schweine:	
im Gewicht von 200 Pfund und darunter	M. 105.—
" " " über 200 bis 220 Pfund	M. 118.80.
" " " " 220 " 240 "	M. 124.—
" " " " 240 " 280 "	M. 129.60.
" " " " 280 Pfund	M. 135.—

2. für fette, früher zur Zucht benutzte Sauen und Eber:	
im Gewicht von 240 Pfund und darunter	M. 93.—
" " " über 240 bis 300 Pfund	M. 113.—
" " " " 300 Pfund	M. 118.—

Stuttgart, den 12. März 1917.

Schall.

Die preußisch-deutsche Frage.

Der Burgfrieden hindert uns heute nicht mehr daran, von innerpolitischen Gegenständen zu sprechen, die selbst in dem schwersten aller Kriege, die das deutsche Volk geführt hat, nie ganz totgeschwiegen werden konnten, denn erstens sind alle die damit verknüpften Fragen jetzt schon in aller Öffentlichkeit in der Presse und in den Parlamenten ausführlich behandelt worden, und zweitens dürfen wir es wohl wagen, im Hinblick auf die einheitliche Stimmung und Stärke nach außen unsere inneren Streitfragen offen zur Erörterung zu stellen. Den ersten äußeren Anstoß, der die für die Entwicklung Deutschlands hochbedeutende Frage der Umgestaltung des innerpolitischen Lebens Preußens ins Rollen brachte, gab die Erklärung der preußischen Regierung, (unseres Wissens im Frühjahr 1915) daß sie nach dem Kriege eine Reform des preußischen Wahlrechts durchzuführen beabsichtige, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß die neuen Verhältnisse auch eine Neuordnung der Dinge im Sinne einer stärkeren Heranziehung aller Volksschichten in Preußen zu politischer Mitarbeit erforderten. Die Konservativen traten dieser Auffassung bekannlich sofort entgegen, indem sie einerseits der Regierung Bruch des Burgfriedens vorwarfen, und andererseits keinen Zweifel darüber ließen, daß sie nicht geneigt sind, die „altbewährten preußischen Staatsgrundzüge“ ohne Weiteres preiszugeben, die ihnen bisher die ausschließliche politische Macht in Preußen gewährleisteten. Bekannlich hatte die Regierung schon vor dem Kriege eine Wahlreform angekündigt, mußte sie aber wegen des heftigen Widerstandes der Konservativen, trotzdem der König sich in der Thronrede dafür eingesetzt hatte, wieder fallen lassen. Und auch jetzt setzte sofort der schärfste Kampf gegen diejenige Persönlichkeit in preußischen Ministerium ein, die man als treibende Kraft in der Wahlrechtsfrage kannte, Herr v. Bethmann-Hollweg, den preußischen Ministerpräsidenten. Die häßlichen Auswüchse dieses Kampfes sind ja bekannt; da man in der inneren Politik wenig Gelegenheit hatte, dem Kanzler ein Bein zu stellen, so wurde die äußere Politik, die belgische und die U-Bootfrage herangezogen, und allgemein suchte man den Eindruck zu erwecken, als sei der Reichskanzler eine schwächliche Persönlichkeit, der man die Reichsleitung in diesem Kriege nicht anvertrauen dürfe. Als Beispiel für die Stimmung, wie sie in den preußischen agrarkonservativen Kreisen herrscht, die heute infolge ihrer innigen Verbindung mit der Staatsverwaltung überragenden Einfluß auf diese ausüben, möchten wir hier nur einige Proben aus der Rede eines typischen Vertreters des preußischen Feudalkonservatismus, Herrn von der Osten, anführen. Herr von der Osten sprach sich kürzlich im preußischen Abgeordnetenhaus in einer für den herrschenden Standpunkt jener Kreise bezeichnenden Art über verschiedene heute aktuelle Fragen aus, so über die Schaffung eines preußischen Kriegsernährungsamtes, das man zwecks Regelung der Produktionsverteilung in Preußen schaffen mußte, weil wie bekannt die ausführenden Organe in Preußen, die Landräte, die meistens selbst Großgrundbesitzer sind, die vom Reich angeordneten Maßnahmen nicht in der notwendigen energischen Weise durchführten, ja nicht selten dagegen handelten, so daß in den anderen Bundesstaaten darüber berechtigte Klagen geführt werden mußten. Herr von der Osten meinte, das Landesernährungsamt sei nicht notwendig, es würde nur neue Komplikationen zur Folge haben. Er warne deshalb vor diesem Schritt. Natürlich wurde ihm von seiner Partei beigeplättelt. Das preußische Kriegsernährungsamt aber ist trotzdem ins Leben getreten, und der Leiter dieses Amtes, der bisherige Ministerialrat im Reichsamt des Innern, Dr. Michaelis, hat in

seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus recht deutlich ausgesprochen, daß er in dem ihm anvertrauten Amt mit schärfster Rücksichtslosigkeit im Interesse der Allgemeinheit vorgehen werde. Bezüglich der Wahlrechtsfrage sprach Herr v. d. Osten aus, man sehe heute unter der Sonne nach dem allgemeinen Wahlrecht, das unserm Volke nicht zum Segen gereichen werde. Auch seine Partei erkenne, daß es wünschenswert wäre, den Mittelstand, gewisse (!) Kreise der Intelligenz, des Groß- und Kleinbetriebes mehr und besser an den Verhandlungen unserer Parlamente zu beteiligen. Aber der Grundsatz „Wahlrecht nach Leistung“ müsse in dem kommenden Wahlgesetzentwurf eine eingehende Vertretung finden. Die Auffassung, das allgemeine Wahlrecht den heimkehrenden Kriegern als Geschenk zu geben, müsse er im Namen des Volkes (!) als unerträglich ablehnen, da sie doch ihr Blut für ein höheres Ziel geopfert hätten. Das ist natürlich gelinde gesagt, eine inhaltlose Phrasendrescherei des Herrn v. d. Osten. Was heißt er Wahlrecht nach Leistung? Ist das etwa eine vaterländische Leistung, wenn ein Vorbereitender sein Geld auf schmutzigste Weise verdient, und dadurch in die Lage kommt, in der ersten Klasse in Preußen wählen zu dürfen, oder wenn ein Kriegszwüchser jetzt durch Ausnützung der „Konjunktur“ ein politisches Übergewicht über seinen Mitbürger erhält, der im Schlingensiefel sein Leben für das Vaterland in die Schanze schlägt? Und dann, wie kann Herr v. d. Osten es wagen, im Namen des Volkes zu sprechen, wo er doch ganz gut weiß, daß er nur im Interesse einer verhältnismäßig kleinen Oberschicht spricht, die ihre bisher in Preußen ausgeübte Macht mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten sucht. Bezüglich der auswärtigen Politik richtete dieser Herr dann sogar drohende Worte an die deutsche Regierung, indem er sagte: „Wehe dem Staatsmann, der den hochgespannten Begehrten von deutscher und preußischer Ehre in den gegenwärtigen Streitfragen (im Zusammenhang mit den Kriegszwecken und der U-Bootfrage) nicht Rechnung trage!! Das war natürlich auf den Reichskanzler gezielt.

Auch im preußischen Herrenhaus, wo dieser ostelbische Kleinadel ebenfalls das Übergewicht hat, ist der Reichskanzler und mit ihm die Mehrheit des Reichstags aufs schärfste angegriffen worden, wegen der Frage der „Neuorientierung“, die nach dem Krieg praktisch werden soll. Aus kleinlichen politischen Gründen hat das Herrenhaus das von der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses genehmigte Diätengesetz, wonach die Abgeordneten wie die Reichstagsabgeordneten ein Taggeld und freie Fahrt im ganzen Lande während der Tagung erhalten sollen, abgelehnt, um dadurch der Entwicklung des „Parlamentarismus“, wie er sich im Reichstag äußerte, entgegenzuwirken. Das war natürlich eine kindische Begründung, und der Erfolg dieser Ablehnung war der kürzlich gemeldete nationalliberale Antrag im Abgeordnetenhaus auf Beseitigung aller Familien- und Standesrechte, die bisher die Mitgliedschaft des Herrenhauses begründeten, und auf Zulassung aller größeren Kommunalverbände sowie aller für das wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes wichtigen Berufskreise in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Vertretung. Sogar die Feilkonservativen treten jetzt für eine derartige Umgestaltung des Charakters des Herrenhauses ein. Also Reform des preußischen Wahlrechts und gleichzeitig Umgestaltung des feudalen Charakters des Herrenhauses, das sind die beiden Grundforderungen, die man kann ruhig sagen, die Mehrheit des preußischen Volkes zwecks Erlangung einer freieren Gestaltung des innerpolitischen Lebens wünscht, und die natürlich aufs heftigste von den Agrarkonservativen bekämpft werden. Nun hat die preußische Regierung, wahrscheinlich auf Betreiben des Landwirtschafts-

ministers v. Schorlemer, eines Mannes mit eingeschwoener agrarkonservativer Haltung, einen Diätengesetzesentwurf eingebracht, der rein im Interesse des preußischen Großgrundbesitzes gehalten ist, und diesem die Möglichkeit gibt, noch mehr preußisches Land in erblichen Familienbesitz umzuwandeln, als das bisher schon zum Schaden des im nationalen Interesse gelegenen kleinbäuerlichen Siedlungswezens geschehen ist. Die liberalen Parteien bekämpfen den Gesetzesentwurf natürlich energisch, weil sie der Ansicht sind, daß die privatrechtliche Gebundenheit großer Strecken nationalen Bodens nicht zweckmäßig für unsere Landwirtschaft ist, weil der große Feudalbesitz nicht rationell ausgenützt wird, und den kleinen Landwirten dadurch sehr stark die Möglichkeit zur Ansiedlung beschritten wird. Man hat in liberalen Kreisen die Einbringung des Gesetzes deshalb so aufgefaßt, als wolle der Reichskanzler als preußischer Ministerpräsident den egoistischen Wünschen des Feudalismus wieder entgegenkommen, und es ist dabei auch der Vermutung Ausdruck gegeben worden, es könnte auch sonst mit den Erklärungen des Reichskanzlers bezüglich der „Neuorientierung“ so gehen.

Deshalb hat die vorgestrige Rede des Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhaus so große prinzipielle Bedeutung, weil sie über die Stellungnahme der derzeitigen Regierung zu diesen schwerwiegenden Fragen eine klare unzweideutige Auskunft gibt. Der Reichskanzler begründete in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident seine persönliche Auffassung von der Notwendigkeit der politischen Neuordnung in Preußen. Zuerst gab er seinem Bedauern über die Ablehnung der Diätenvorlage im Herrenhaus Ausdruck, da durch die Vorlage die Abwicklung der parlamentarischen Geschäfte gefördert werden sollte. Sodann erhob der Reichskanzler Widerspruch gegen die scharfe und bittere Kritik des Herrenhauses am Reichstag und wies darauf hin, daß der deutsche Reichstag in den jetzt bald drei Jahren dieses Krieges dem Vaterlande, seinem Volk Dienste geleistet habe, wie kein Parlament der Welt. Und dann gab der Reichskanzler seiner unerwartlichen Ueberzeugung Ausdruck, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens in wichtigen Beziehungen führen müsse und werde. Allen etwaigen Widerständen zum Trost, sagte der Redner. Zugleich bemerkte er aber auch, daß der Kampf um die Reformen in Preußen, der unzweifelhaft zu schweren inneren Kämpfen führen werde, eben deshalb erst nach dem Krieg durchgeführt werden solle, wenn ihm selbst auch nichts lieber wäre, als wenn er die Absichten, die er für das Heil unseres Vaterlandes für notwendig halte, baldmöglichst durchzuführen könnte. Als Kernpunkt der ganzen Frage betrachtete der Reichskanzler die Tatsache, daß wir nach dem Krieg vor die gewaltigsten Aufgaben gestellt sein werden, die wohl je einem Volk beschieden gewesen sind, und daß deshalb das ganze Volk in allen seinen Schichten mit Hand anlegen müsse, wenn wir uns überhaupt herausarbeiten wollen. Deshalb müsse das staatliche Vaterlandsbewußtsein, das im Kriege zu wunderbarer Wirklichkeit geworden sei, rein erhalten und gestärkt werden, und eine innere und äußere Politik der Stärke können wir nur führen, wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes auch in seinen breiten Schichten vollberechtigt und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen. Und mit Recht legte der Kanzler Nachdruck darauf, daß es sich hier nicht um theoretische Probleme handle, sondern um das Leben des ganzen Volkes. In diesem Kriege gebe jeder Sohn des Volkes in todesmutigem Wettstreit sein Bestes. Niemand könne beanspruchen, daß er etwas Höheres, Besseres täte, als der andere. So wenig, wie wenn im Kriege ein Glied des Ganzen verjaget

würde, so wenig können wir im Frieden leben, wenn ein Glib des Ganzen verjage. Wären wir nicht entschlossen, alle die Folgerungen zu ziehen, die sich aus dem Erleben dieses Krieges ergeben, — angeht des gerechtfertigten Vertrauens zu allen Söhnen des Volkes —, dann würden wir inneren Erschütterungen entgegengehen, deren Tragweite kein Mensch übersehen könne. Diese Schuld werde er — der Reichszkanzler — nicht auf sich laden. Und die oben genannten Ausführungen des Herrn von der Osten apostrophierend sagte er: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht kennt, der glaubt, er könne nach einer Katastrophe, wie sie die Welt überhaupt noch nicht gesehen hat, einfach wieder anknüpfen an das, was vorher war, er könne neuen und jungen Wein in die alten Schläuche füllen, ohne daß sie zerplatzen. Der Reichszkanzler gab dann dem festen Willen Ausdruck, diese Gedanken durchzuführen, und sein Letztes dafür herzugeben, und zwar nicht um des Prinzip willen, sondern um das Volk stark zu machen für die Zukunft. Er gab aber gleichzeitig auch der Hoffnung Ausdruck, daß schließlich alle Parteien an diesem Ziele arbeiten werden. Bis heute besteht jedoch wohl kaum Hoffnung auf eine solche Aussicht, denn selbst die Erfahrungen des Krieges haben gewissen Kreisen unseres Volkes noch nicht die Augen darüber geöffnet, was die heutige Zeit fordert. Gerade das Gebahren des preussischen Feudalismus ist es gewesen, das den Engländern die Handhabe geliefert hat, die ganze Welt in eine Mißtrauensstimmung gegen Preußen-Deutschland zu versetzen. Ueber die Gefahren auch für die Zukunft nach dieser Richtung scheinen sich diese Kreise ebenfalls noch nicht klar zu sein. Die Hauptsache aber ist, daß die Regierung sich jetzt mit aller Macht für die Neugestaltung der preussischen Verfassung einsetzt, und auch bezüglich der Politik im Reich veraltete politische Anschauungen aufgibt. Aber darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, die Neuordnung wird erst erkämpft werden müssen, denn es ist ein altes Naturgesetz, daß eine herrschende Macht sich nicht ohne Weiteres von jungen Kräften verdrängen läßt. O. S.

Zum Fideikommissgesetz.
 Berlin, 15. März. Der Fideikommissgesetzesausschuß des Abgeordnetenhauses nahm einen Antrag an, wonach die Neuerrichtung und Erweiterung

von Fideikommissen in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis zum 1. Juni 1930 verboten werden soll. (Das war alle gewissermaßen ein Zugeständnis an die Gegner des Gesetzes.)

Aus Stadt und Land.

Unsere Siegesanleihe!

Von Dr. v. Kiene, Generalsstaatsanwalt.
 1. Vizepräsident der Württ. Abgeordnetenkammer.
 Der Weltkrieg geht sichtlich der Entscheidung entgegen, und in diesem Zeitpunkt darf auch nicht der leiseste Schatten von Nachlaß oder Zweifel auf die geistige und materielle Opferkraft wie auf den festen Siegeswillen und Startmut des Volkes fallen. Und daß diese unieren Endziele verbürgenden Kräfte ungechwächt fortbestehen, dafür wird und muß der Erfolg der sechsten Kriegsanleihe für Freund und Feind sicherer Gradmesser und vollgültiges Zeugnis werden. Deshalb ist es heilige vaterländische Pflicht aller Volksschichten und jedes einzelnen, seinen Bauschein zu solchem Erfolg beizutragen und diesen nach Kräften zu sichern. Keiner bleibe zurück; jeder zeichne, was ihm seine Mittel und seine gewissenhafte Sparjamkeit möglich machen. Das ist die wirksamste Betätigung des vaterländischen Hilfsdienstes, der den Daheimgebliebenen Gewissens- und Gesetzespflicht geworden ist. Es gibt nach dem Ausdruck des Staatssekretärs Dr. Helfferich kein infameres und falscheres Wort, als das hochverräterische Geschwätz, die Anleihezeichnungen verlängern den Krieg; im Gegenteil, wer Kriegsanleihe zeichnet, hilft den Krieg verkürzen, Sieg und Frieden beschleunigen, und wer mit seinem Geld zu Hause bleibt, der besorgt Feindsarbeit! Und eine gefährliche Selbsttäuschung wäre es, wenn Landwirte etwa meinen sollten, auch ein unglücklicher Kriegsausgang schade ihnen wenig, da man ihnen Haus und Acker nicht nehmen könne. Nein, gerade die Bauern würden am schwersten getroffen: selbst wenn der ins Land dringende siegreiche Feind nicht wie angedroht und in Ostpreußen anheben — Haus

und Hof niederbrennen, das Vieh verschleppen und die Felder verwüsten sollte, so würde er sicher, um ungeheure Milliardensummen als Kriegsschadigung aus dem Volk auszuweisen, vor allem die Erträge der Landwirtschaft fortgesetzt beschlagnahmen, unerträgliche Kriegshypotheken auf jedes Anwesen legen und die Bauern auf lange zu lärglich bezahlten Fronarbeitern auf ihrem eigenen Haus und Boden machen.

Ja, es geht um alles, um Haus und Heim, um Arbeit und Erwerb in Werkstatt und Fabrik, um Vaterland und Volkswohl. Darum mit Gottvertrauen alle Kräfte angespannt, Herz undbeutel auf! Ein Verjagen bei dieser Kriegsanleihe wäre der schwärzeste Undank gegen die Tausende im Heldentod für das Vaterland Gefallenen, gegen die Hunderttausende von Verwundeten, die mit Blut- und Gesundheitsopfern ihr Alles für die Heimat und die Ihrigen eingesetzt, gegen alle die heldenmütigen Kämpfer draußen zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Der Zeichnungserfolg muß die Zuversicht festigen, daß die unbezwingbare Kraft des ganzen Volkes uns zum Siege führt.

Evangelische Gottesdienste.

Sonntag Coelare, 18. März. Vom Turm: 92. Predigt über 377. Psalm, Jesu, Gottes Sohn etc. 9 1/2 Uhr: Vormittags-Predigt. Dekan Keller. 1 Uhr: Christenlehre mit den Söhnen der jüngeren Abteilung. 5 Uhr: Abendgottesdienst im Vereinshaus, Stadtpfarrer Schmid. Donnerstag, 22. März, 8 Uhr abends im Vereinshaus Missionssportprogramm der früher in Kamerun tätigen Missionararbeiten Fel. Pflanz.

Katholische Gottesdienste.

Samstag, den 17. März. Oberbeichte von 4 Uhr und 7 1/2 Uhr abends an. 4. Fastensonntag den 18. März, 8 Uhr Frühmesse. 9 1/2 Uhr: Predigt und Amt. 1 1/2 Uhr: Christenlehre. 2 Uhr: Anbacht. Montag den 19. März, Josephstag. Pfarrmesse für die Gemeinde um 7 1/2 Uhr. Donnerstag den 22. März, 8 Uhr: Sonntagsgottesdienst 7 1/2 Uhr; Freitag 7 1/2 Uhr Gottesdienst am den Frieden. Freitag abends 6 1/2 Uhr: Kriegsbefund.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr und abends 5 Uhr: Predigt. Prediger Ritzl. Vormittags 11 Uhr: Sonntagsschule. Mittwochs abends 8 1/2 Uhr: Kriegsbefund.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seifmann, Calw Druck u. Verlags der W. Dellschläger'schen Buchdruckerei Calw

Amtliche und Privat-Anzeigen.

Stadtschultheißenamt Calw.

Auf die Verjagung des Ministeriums des Innern über

Ersatzmittel

— Colwer Taoblat Nr. 60 — werden die Beteiligten hingewiesen. Angezeordnete sind beim Stadtschultheißenamt erhältlich.

Die Schuhmacher u. Schuhwarenhändler

werden an die sofortige Ablieferung ihrer Meldebarten über Schuhwaren erinnert.

Kartoffel- und Kohlraben-Verkauf

am Montag, den 19. März, nachmittags 2—4 Uhr, auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8. Es kostet der Zentner Kartoffeln 5 Mark, der Zentner Kohlraben 3 Mark. Abgegeben werden nur 50 bis 100 Pfund Kartoffeln mit der doppelten Menge Kohlraben, und nur an solche Verbraucher, welche keinen Kartoffelvorrat mehr haben und welche nach der Verbrauchsregelung noch Kartoffeln anzusprechen haben.

Calw, den 16. März 1917.

Stadtschultheißenamt: A. V. Dreiß.

Calw.

Die Hundebesitzer

werden unter Hinweis auf die am Rathaus ausgehängte Aufforderung betreffend die Hundabgabe auf ihre Pflicht zur

An- und Abmeldung

ihrer Hunde in der Zeit vom 1. bis 15. April aufmerksam gemacht.

Wer bis zum 15. April die Abmeldung eines seiner verstorbenen Hundes unterläßt, hat die Abgabe für das neue Steuerjahr fortzusetzen, auch wenn er während der Zeit keinen Hund mehr hält.

Die Abgabe für einen Hund beträgt 20 — Mk. für das Jahr. Wer nach dem 1. April einen steuerbaren Hund zu halten beginnt, hat hiervon binnen 2 Wochen der Gemeindebehörde Anzeige zu erstatten.

Wer die vorgeschriebene Anzeige eines Hundes unterläßt, wird mit dem dreifachen Betrage der gefährlichen Abgabe bestraft.

Alle An- und Abmeldungen sind bei der unterzeichneten Stelle schriftlich oder mündlich zu machen.

Calw, den 13. März 1917.

Stadtspflege: Fren.

Ludwigsburg, den 15. März 1917.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise wohlthuernder Teilnahme, die wir beim Heimgang unseres unvergeßlichen Vaters

Rektors a. D.

Dr. Paul Weizsäcker,

erfahren durften, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.



Die trauernden Hinterbliebenen.

Neubulach-Calw,
 16. März 1917.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann Ulrich Weber, Fabrikarbeiter,

nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitte!

die trauernde Gattin:

Johanna Weber mit ihrem Kinde.

Beerbigung Sonntag Nachmittag 1/3 Uhr vom Krankenhaus aus.

Mädchen-Gesuch.

Suche bis 1. oder 15. April ein fleißiges wenn auch älteres

Mädchen.

Ludwig Dillers Wittve.

Lautenbachhof im Teinachtal, den 15. März 1917.

Todes-Anzeige.

Allen Bekannten und Freunden teile ich den für uns so überaus schmerzlichen Verlust unseres geliebten Herrn und Wohltäters



Herrn

Ingenieur G. Klein,

Direktor in Fa. Bosch-Stuttgart und Besitzer des Lautenbachhof,

der infolge eines Unfalls mit einem Flugzeug abstürzte und dabei den Tod fand, mit. Alle, die diesen edlen Mann kannten, werden unsere Trauer verstehen.

Karl Girsch,

Verwalter des Lautenbachhofs, und Frau.

Die Trauerfeier findet in Stuttgart statt.

Lichtspieltheater Calw
„Badischer Hof“

Vorstellungen

Sonntag 3—7 Uhr und 8—10 Uhr.
Die Jagd nach der Hundertpfundnote
oder die Reise um die Welt in 90 Tagen.
Neuer Detektiv-Schlager in 6 Akten.
Kriegsberichte.
Nicht dabei ergebnis ein Fr. Braun.
Kinder haben nur zu Jugendvorstellungen Zutritt.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, d. 18. März 1917, stattfindenden
Nachhochzeitsfeier
in das Gasthaus zum „Lamm“ in Bad Teinach freundlichst einzuladen.

Friedrich Mönch,
Sohn des verst. Joh. Gg. Mönch in Emberg,
Maria Katharine Kathfelder,
Tochter des Friedrich Kathfelder, Sattlers in Oberkollbach.
Kirchgang 10 Uhr in Bad Teinach.

Bez.-Obstbau-Verein Calw

Am Sonntag, 18. März nachmittags 2 Uhr findet im Obstmückergarten auf dem Brühl eine **prakt. Demonstration** durch Herrn Obstbauinspektor Winkelmann aus Ulm statt, daran anschließend

Bersammlung

im Bad. Hof mit folgender Tagesordnung:
1. Jahres- und Rechenschaftsbericht,
2. Vortrag von Herrn Obstbauinspektor Winkelmann über Gemüsebau.
3. Verlosung von Obstbäumen, Beerensträuchern und Nistkästchen.
Die Mitglieder und deren Frauen, sowie auch Nichtmitglieder, werden zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.
Der Ausschuss.

Ein unter der
Kufnummer
151
ans Telefonnetz
angeschlossen.
Weggermstr. Schnaufer

Bäder!

Es werden von jetzt ab jeden
Samstag Bäder abgegeben.
Bäderlei Schnürle.

Freundliche
2 Zimmerwohnung
Gas, Wasser, samt Zubehör auf 1. Juli zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Freundl. Wohnung
mit 3 Zimmern und Zubehör auf 1. Juli zu vermieten.
Carl Stüber, Biergasse.

Eine freundliche
Wohnung
mit 2 Zimmern, Gas und Wasserleitung samt allem Zubehör auf 1. Juli oder später zu vermieten.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl.

Schöne, sommerliche
Wohnung
mit 7 Zimmern, Badezimmer, Zimmer- und Küchengeräte und sämtlichem Zubehör habe ich in meinem Hause in der oberen Marktstraße auf 1. Juli zu vermieten.
Franz Schoenlen.

Gummistempel
liefert rasch und sauber die
Druckerei dieses Blattes.

Zeichnungsstelle
für die 6. Kriegsanleihe
ist auch die Oberamts Sparkasse.

Es können bei derselben Barzeichnungen und Zeichnungen von Sparguthaben gemacht werden.
Zeichnungen vermitteln auch die Vertreter (Ortssparpfleger) der Oberamts Sparkasse.

Oberamts Sparkasse Calw.

Arbeits-Gesuch.

Für zwei im städtischen Altersheim untergebracht weibl. Flüchtlinge im Alter von 16 und 33 Jahren wird Gelegenheits-Arbeit gesucht in Haus- oder Landwirtschaft. Bestellungen nimmt entgegen

Hausmeister Wacker oder
Flüchtlingskommissär
Stadtpfarrer Heberle.

Eine junge



Jahrkuh

(Mägauer) sowie einen schönen gelben
Saliener Hahn verkauft
Fr. Vörcher, Alzenberg.

Stammheim.

Eine starke, 32 Wochen trächtige

Kuh,



zum fahren nicht geeignet, sehr dem Verkauf aus
Ginader, Milchhändler.

Wer keine Kriegsanleihe zeichnet,
hilft unseren Feinden.

Alzenberg.
Elt u. schöne, 11 Monate alten
Stimmthaler

Zucht-

Farren



(Lebergelbschek), einen Wurf erstklassige reine



Milch-
Schweine,
sowie ein zum erstenmal 10 Wochen trächtiges

Mutterschwein
von guter Abstammung, sehr dem Verkauf aus

Johannes Rothader,
Schultheiß u. V.

Dirjan.
Einen noch gut erhaltenen
Kuhwagen

sucht zu kaufen

Ein Paar starke



Läufer-
Schweine

hat zu verkaufen der Obige.

Suche auf 1. oder 15. April

ehrliches, fleißiges

Mädchen.
Franz Fabrikant Aug. Nisch,
Pforzheim, Bleichstraße 72.

Zeichnungen

auf die

6. Kriegsanleihe

nimmt entgegen

Spar- u. Vorstoßbank Calw

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.